

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten (RAA) im Format der für Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister am 2. Juni 2022

Am 2. Juni 2022 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten (RAA) im Format der für Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister unter dem Vorsitz des französischen Ministers Christophe Béchu statt. Die österreichische Delegation wurde durch den Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU geleitet.

Bei der Tagung gab es eine Orientierungsaussprache auf Grundlage eines Diskussionspapiers des Vorsitzes zur Ausrichtung der Kohäsionspolitik und die Annahme von Ratsschlussfolgerungen zum 8. Kohäsionsbericht. Im Anschluss gab es ein informelles Mittagessen, bei dem Vorschläge zusätzlicher Maßnahmen der Kohäsionspolitik zur Bewältigung der Flüchtlingsankünfte besprochen wurden.

In der Diskussion zur Ausrichtung der Kohäsionspolitik betonte ein Großteil der Mitgliedstaaten - wie auch Österreich - den wichtigen Beitrag der Kohäsionspolitik zur Kohärenz Europas, zur Umsetzung des grünen und digitalen Wandels und zur Abfederung der demografischen Wende. Einige Mitgliedstaaten hoben dabei auch die Achtung des Rechtsstaatlchkeitsprinzips, die Notwendigkeit der Umsetzung des do-no-harm-to-cohesion-Grundsatzes und die Einbeziehung der länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters hervor. Mehrere Mitgliedstaaten - darunter auch Österreich - unterstrichen, dass die Kohäsionspolitik nur eingeschränkt als Krisenreserve verwendet werden sollte. Aufgrund der aktuellen Situation forderten jedoch einige Mitgliedstaaten weitere Flexibilitäten, insbesondere für Programme der laufenden Programmperiode 2014-2020. Dass es eine stärkere Differenzierung der Kohäsionspolitik zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangspositionen, lokalen Akteure und Spezifikationen braucht, wurde von fast allen Mitgliedstaaten erwähnt. Zur Frage der Umsetzung weiterer Vereinfachungen nannten die Mitgliedstaaten unter anderem strukturelle Reformen in der Kohäsionspolitik, eine Qualitätssteigerung der Verwaltung,

eine enge Bindung an das Europäische Semester sowie den weiteren Abbau von Verwaltungslasten. Österreich schlug vor, die erfolgreichen Ansätze der Aufbau- und Resilienzfazilität bei der zukünftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik zu berücksichtigen. Außerdem könnte ein proportionaler Ansatz angedacht werden, bei dem Mitgliedstaaten mit geringerer Mittelzuweisung sowie Fehlerrisiko durch vereinfachte Auflagen beim Verwaltungs- und Kontrollsystem entlastet werden.

Kommissarin Ferreira begrüßte die ausgearbeiteten Ratsschlussfolgerungen, welche aufzeigen würden, dass dringliches Handeln als Folge von Krisen die strategische Ausrichtung der Kohäsionspolitik nicht in den Schatten stellen dürfe. Im Zusammenhang mit Vereinfachungen betonte die Kommissarin, dass adäquate Kontrolle und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit weiter gewährleistet sein müssen. Außerdem müssen der Wert und die Ergebnisse der Kohäsionspolitik noch stärker nach außen kommuniziert werden. Der Vorsitz fasste abschließend zusammen, dass die Kohäsionspolitik Unterschiede abbauen würde und dass es trotz unterschiedlicher Ansichten eine breite Unterstützung für die Kohäsionspolitik gebe, deren Ziele und Ergebnisse sichtbar sein müssten. Die Ratsschlussfolgerungen wurden angenommen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Juli 2022

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister